

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla

Münster, 4. 1. 2017

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Neuen Jahr zunächst alle guten Wünsche und einen erfolgreichen Start.

Ein menschenrechtspolitisch schlimmes Jahr liegt hinter uns. Aleppo, Mossul, Daesh / IS, Boko Haram, Südsudan, Jemen, Darfur, Kurdistan, Ostukraine, Istanbul, Oromo, Rohingya, Yesiden sind nur wenige Schlagworte und Namen, mit denen sich unvorstellbares Leid im abgelaufenen Jahr verbindet.

In Deutschland bestimmte 2016 wieder die Flüchtlings- und Asyldiskussion stark die innenpolitischen Auseinandersetzungen. Weniger bekannt wurde, dass alleine 2016 über 5000 Menschen auf dem Fluchtweg im Mittelmeer ertranken.

Positive Entwicklungen, wie den Friedensprozess in Kolumbien, gab es natürlich schon, so im vergangenen Jahr auch wieder ein bewundernswertes Engagement vieler Flüchtlingsinitiativen und Eine-Welt-Gruppen. Und doch blieb die Wahrnehmung von Kriegen, Konflikten, Massenfluchten, Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen nicht unbegründet vorherrschend.

Auch die Weihnachtszeit und Jahreswende waren durch schreckliche Terroranschläge überschattet.

Es steht zu erwarten, dass die Kette dieser Verbrechen und Nöte 2017 nicht enden wird. Gerade auch als Menschenrechtler sind wir nicht vor Gefühlen der Ohnmacht und eines Kampfes gegen Windmühlen gefeit. Doch der Gedanke, dass gerade jetzt die ehrenamtliche Arbeit im Kleinen, die praktische Hilfe vor Ort und die gezielte Lobbyarbeit in der Politik unverzichtbar sind, hat stets neue Kräfte mobilisiert. Ich hoffe, Ihnen und euch geht es ähnlich.

Auch jenseits der angesprochenen Probleme wird es 2017 wichtige Richtungsentscheidungen und Entwicklungen geben. Donald Trump wird neuer US-Präsident, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat einen noch härteren innen- wie außenpolitischen Kurs angekündigt, um nur zwei Beispiele zu nennen.

In diesem Jahr stehen bei uns zudem mehrere Wahlen an, besonders wichtig die NRW-Landtagswahlen am 14. Mai und im September dann die Bundestagswahlen. Es steht zu fürchten, dass Flüchtlingsfragen instrumentalisiert und eine neue Abschottungspolitik die Wahlkampfdebatten bestimmen wird. Auch die Diskussionen um Fluchtursachenbekämpfung könnten sich wieder als Pseudodebatten entpuppen, dem eine konsequente Politik doch nicht folgt.

Wir werden zu den Themen mit Menschenrechtsbezug unsere Informationen und Positionen einbringen. Im Sinne der Menschenrechte wollen wir dabei sehr parteiisch sein, zugleich aber unsere parteipolitische Neutralität aufrecht erhalten, was keiner mit Äquidistanzen verwechseln sollte. Meine eigene persönliche Erfahrung mit Parteien und Politik ist die, dass Forderungen nach Menschenrechten, humanitärer Hilfe und nachhaltiger Entwicklungspolitik gerne zu Festanlässen von den Podien herab

beschworen werden. Die Zahl der auf diesen Themenfeldern wirklich engagierten Politiker in allen Parteien ist jedoch eher überschaubar. Diese aber dürfen wir als unsere Verbündeten betrachten. Ohne eine informierte Zivilgesellschaft und engagierte Nichtregierungsorganisation werden wir aber keinen Druck auf die Politik aufbauen können, um politische Entscheidungen für mehr Gewicht des Menschenrechtsaspektes beeinflussen zu können. Neben konkreter Hilfe liegt auch darin liegt eine Aufgabe von lokaler Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit.

Also auf ins neue Jahr !

Mit herzlichem Gruß
Kajo Schukalla

1. Termine

auch Vormerkungen zu ausgewählten Tagen

Auch in diesem Jahr werden die meisten Mahnaktionen und auch einige Veranstaltungen aus aktuellen Anlässen heraus sehr kurzfristig geplant und durchgeführt werden müssen.

Offene GfbV-Arbeitstreffen zur Menschenrechtsarbeit

Donnerstag, 5. Januar 2017, 20 Uhr

und

Donnerstag, 2. Februar 2017, 20 Uhr

Die Brücke - Internationales Zentrum der Universität
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),
48143 Münster,
Interessierte sind herzlich willkommen!

Sind die Menschenrechte westlich?

Mittwoch, 11. Januar 2017, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Geschichtsort
Kaiser Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joas, Berlin/Chicago

Zum ersten Mittwochsgespräch 2017 zum Rahmenthema Gewaltgeschichte und Konsequenzen daraus kommt mit Prof. Dr. Hans Joas ein international gefragter Sozialphilosoph in die Villa ten Hompel, um das aktuelle wie kontroverse Thema der Menschenrechte als einer angeblich westlichen Werteidee kritisch zu hinterfragen.

Verteidiger und Gegner der Menschenrechte argumentieren häufig, dass diese nur aus einem bestimmten kulturellen Hintergrund - dem des "Westens"- heraus verständlich seien. Diese Auffassung stößt an ihre Grenzen schon, wenn die Entstehungsgeschichte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ernst genommen wird. Auch gibt es gewiss in nicht-westlichen religiösen Traditionen ein Ethos, an das die Menschenrechte anknüpfen können. Doch wenn die Menschenrechte nicht "nur westlich" sind, wie steht es dann mit ihrer Bedeutung im Westen überhaupt?

Wenn die Idee der Menschenrechte ein Charakteristikum der westlichen Kultur ist, wie kann es dann sein, dass die längste Zeit europäischer Geschichte von Sklaverei und

Folter durchzogen ist? Hans Joas zeigt anhand der Rechtfertigung von Inhumanität im Westen, wie fragil der Fortschritt in Richtung einer Sakralisierung der Person ist, und warnt vor jedem kulturellen Triumphalismus, der sich auf die erreichten Fortschritte beruft.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Joas ist Soziologe und Sozialphilosoph. Er lehrt als Ernst-Troeltsch-Honorarprofessor an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität in Berlin und ist außerdem Professor und Mitglied des Committee on Social Thought an der University of Chicago. Vom April 2011 bis zum März 2014 war er Fellow am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS). Im Sommersemester 2012 hatte Joas als erster Wissenschaftler die neu geschaffene Gastprofessur der Joseph Ratzinger Papst Benedikt XVI.-Stiftung an der Universität Regensburg inne. Zudem ist Joas u.a. Niklas-Luhmann-Preisträger und Ehrendoktor der Universitäten Tübingen und Uppsala. 2015 erhielt er den Max-Planck-Forschungspreis.

„Vor dem Hintergrund der erneut aufflammenden Konflikte zwischen dem sogenannten Westen und anderen Teilen der Welt liefert Joas einen wichtigen Gedankenanstoß, selbstkritischer über angeblich westliche Werte nachzudenken.“ (Deutschlandfunk)

Eintritt frei!

Gerechtigkeit und Friede küssen sich (Ps 85,11)

Was können Eine-Welt-Gruppen beitragen?

Freitag bis Sonntag, 13.-15. Januar 2017

Beginn Fr, 18 Uhr, Ende So, 15.30 Uhr

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Die Themen und Fragestellungen:

- Frieden als Voraussetzung für Entwicklung
- Ursachen für Konflikte und Chancen zur Versöhnung
- Sicherheitspolitik als Beitrag zum Frieden

Gewalt und Kriege sind mit die größten Hindernisse für die Entwicklung von Staaten und Gesellschaften. Wirtschaftliche und soziale Konflikte werden nicht selten durch ethnische und religiöse Spannungen zusätzlich verschärft.

Die Jahrestagung Entwicklungspolitik 2017 lädt Sie ein zu diskutieren: Wie ist der Zusammenhang zwischen Frieden und Entwicklung, Welche Rolle spielen Religionen bei der Entstehung von Konflikten und bei ihrer Lösung? Welche Verantwortung tragen die EU und Deutschland für Konflikte in anderen Regionen? Welche Handlungsoptionen bestehen für eine Friedenspolitik und wie engagieren sich Kirchen, ihre Hilfswerke und andere Initiativen? Was können Eine-Welt-Gruppen zum Frieden in Deutschland und weltweit beitragen?

Referenten:

Anna Backmann, Christliche Initiative Romero, Münster; Martina Freise, gewaltfrei handeln e.V., Bonn; Dr. Wolfgang Heinrich, ehem. Referent für Frieden bei Brot für die Welt - EED, Oppenau; Dr. Jörg Lüer, Deutsche Kommission Justitia et Pax / Maximilian Kolbe-Stiftung, Berlin; Christin Lüttich, Adopt a revolution, Berlin; Winfried Nachtwei, Politiker, Münster; Friederike Repnik, Religionswissenschaftlerin M.A., Diplom-Sozialpädagogin (DH), Berlin;

Paul Rusmann, Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel, Stuttgart; Prof. em. Dr. Heinz-Günther Stobbe, Theologe, Münster; Michael Sturm, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster; Weihbischof Dr. Stefan Zekorn, Bistum Münster u.a. ,Tagungsleitung:: Dr. Christian J. Müller.

Kooperationspartner:

Arbeitsgemeinschaft Eine-Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Kirche von Westfalen. (Die GfbV-Münster ist auch Mitglied der AG Eine Welt.)

Tagungsbeitrag:

50 € (ÜN/DZ)

70 € (ÜN/EZ)

50 € (o.ÜN)

Tagungs-Nr.: 17-501 WT

Programm und Online-Anmeldung:

<https://www.franz-hitze-haus.de/programm/17-501/>

In den letzten Jahren war die Tagung immer vorzeitig ausgebucht. Interessierte sollten sich rasch anmelden.

Gedenken an Paul Wulf in Münster:

Bestandsaufnahme, Impulse, Ausblick

Donnerstag, 19. Januar 2017, 18.30-21 Uhr

Katholische Akademie Franz Hitze Haus, Münster

Referenten: Dr. Brigitte Franzen (Aachen), Dr. Bernd Drücke (Münster), Prof. Dr. Alfons Kenkmann (Leipzig / Münster)

Das Projekt „münsters GESCHICHTE VON UNTEN“, wurde im Rahmen der „Ausstellung Skulptur Projekte 2007“ entwickelt. Es erinnert durch eine plakatierte Betonstatue an Paul Wulf, der in der Zeit des Nationalsozialismus wegen der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ als Jugendlicher zwangssterilisiert wurde. Seit dem Ende des Krieges kämpfte er um Entschädigung und Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus.

Das ursprünglich als temporäre Aktion von der Künstlerin Silke Wagner konzipierte Projekt wurde (an einem anderen Ort) über den Zeitraum der Ausstellung und bis heute weitergeführt. Die Art und Weise, wie in Münster angemessen an diese Geschehnisse der NS-Zeit und an Paul Wulf erinnert werden kann, ist seither Gegenstand intensiver politischer und gesellschaftlicher Debatten.

Mit dem Forum werden diese Debatten um Kunst und Gedenken im öffentlichen Raum aufgegriffen und die verschiedenen Perspektiven, Positionen und Überlegungen miteinander ins Gespräch gebracht.

Tagungsbeitrag: 8 € / erm. 4 €

Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forums Münster

Sonntag, 22. Januar 2017, ab 11 Uhr

Evangelischen Studierendengemeinde (ESG), Breul 43, 48143 Münster

Willkommen im Gelobten Land? Deutschstämmige Juden in Israel

Lesung mit Gespräch

Donnerstag, 2. Februar 2017, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Geschichtsort
Kaiser Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referent: Jörg Armbruster

Was geschah mit den Juden, die vor dem zunehmenden Naziterror in den dreißiger Jahren nach Eretz Israel flüchteten? Und wie erging es den Holocaust-Überlebenden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in das „Gelobte Land“ auswanderten, um dort ein neues Leben zu beginnen? Sie mussten ihr Umfeld, ihre Kultur, ihre Sprache, ja ihre gesamte Lebensgrundlage hinter sich lassen. Sie landeten oft mit nichts als einem Bündel traumatischer Erfahrungen und der Hoffnung im Gepäck, hier einen sicheren Zufluchtsort zu finden. Doch in vielen Fällen ging dieser Wunsch lange nicht in Erfüllung.

Jörg Armbruster ist durch Israel gereist, um mit möglichst vielen dieser heute um die neunzig Jahre alten Zeitzeugen zu reden. Hier ist er auf bewegende Lebensgeschichten gestoßen, die Überlebensgeschichten sind - bestimmt von dem Willen, sich gegen alle Widerstände zu behaupten. Und er erzählt davon, wie Herkunft und Erfahrungen der aus Deutschland vertriebenen Menschen deren Nachfahren in der zweiten und dritten Generation bis heute prägen.

Jörg Armbruster ist Fernsehjournalist und war viele Jahre Auslandskorrespondent der ARD für den Nahen und Mittleren Osten sowie Moderator des ARD-Weltspiegels. In zahlreichen Dokumentarfilmen und in seinen Büchern. Der arabische Frühling und Brennpunkt Nahost. Die Zerstörung Syriens und das Versagen des Westens hat er sich mit den Konflikten und Wandlungsprozessen in der arabischen Welt auseinandergesetzt. Unter anderem erhielt er den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis und 2015 den Bayerischen Fernsehpreis für sein Lebenswerk.

Eintritt frei!

Aktion Rote Hand – Red Hand Day Münster

Samstag, 11. Februar 2017 (GfbV-Aktion in Planung)

Der 12. Februar, der diesmal auf einen Sonntag fällt, ist der internationale Red Hand Day.

Am 12. Februar 2002 trat das Fakultativprotokoll über die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten zur UN-

Kinderrechtskonvention in Kraft. Seitdem gilt der 12. Februar als

Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten und ist als

Red Hand Day bekannt geworden. Seit 2007 ist die Aktion Rote Hand von der International Coalition against the use of child soldiers weltweit verbreitet worden.

Seit den 1970er Jahren sind einige internationale Konventionen auf den Weg gebracht worden, die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikte zu verhindern. Heute wird die Zahl der Kinder unter Waffen in Konflikten auf ungefähr 250.000 geschätzt.



Die GfbV-Regionalgruppe Münster plant an dem Samstag eine öffentliche Aktion in der Innenstadt, sucht dazu aber noch interessierte Kooperationspartner.

Vom Massenmord zur Shoah

Die Eskalation der nationalsozialistischen Judenvernichtung 1941/42

Mittwoch, 15. März 2017, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Geschichtsort
Kaiser Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referent: PD Dr. Martin Cüppers (Ludwigsburg)

Migration in der Einen Welt

Eine-Welt-Landeskonferenz

Freitag bis Samstag, 24.- 25. März 2017

Beginn Fr, 14.30 Uhr, Ende SA, 16.30 Uhr

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Die Themen und Fragestellungen:

- Die Zukunft globaler Migration und Flucht
- `Weltbaustellen` mit Einfluss auf Migration
- Praktische Formen des Eine-Welt-Engagements
- 25 Jahre Eine Welt Netz

Referenten:

Amanuel Amare, Migrafrica - Junge afrikanische und andere Diaspora e.V., Köln;
Weihbischof Dieter Geerlings, stellv. Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Münster; Prof. Dr. Jochen Oltmer, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück; Udo Schlüter, Eine Welt Netz NRW, Münster.

Kooperationspartner: Eine Welt Netz NRW e.V. und Jugendnetzwerk OpenGlobe

Hinweis: Mitglieder des Eine Welt Netz NRW erhalten eine Ermäßigung von 15,- € auf den nicht-ermäßigten TN-Beitrag. (Bitte im Anmeldeformular unter dem Punkt "Nachricht an die Akademie" die Mitgliedschaft im Eine Welt Netz angeben).

Tagungs-Nr.: 17-509 WT

Anmeldung: Akademie Franz Hitze Haus

Cornelia Zahn

Tagungsbeitrag: 70 € / erm. 40 € (ÜN/DZ)

80 € / erm. 50 € (ÜN/EZ)

50 € / erm. 20 € (o.ÜN)

Programm und Online-Anmeldung:

<https://www.franz-hitze-haus.de>

Räume der Gewalt

Mittwoch, 29. März 2017, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Geschichtsort

Kaiser Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Referent: Prof. Dr. Jörg Baberowski (Berlin), Historiker, Stalinismusforscher

GfbV-Regionalgruppentreffen

Freitag bis Sonntag, 7. - 9. April 2017

Über den Veranstaltungsort wurde noch nicht entschieden, möglicherweise wird das Treffen wieder in Göttingen stattfinden.

Aghet – Gedenken an den Völkermord an den Armeniern

Lesung ausgewählter Dokumente und Zeugnisse

Montag, 24. April 2017, 20 Uhr (GfbV-Angebot in Planung)

Am 24. April 1915 wurde auf Befehl der das Osmanische Reich lenkenden jungtürkischen Bewegung die armenische politische und kulturelle Elite Istanbuls verhaftet und ins Landesinnere verschleppt, wo deren größter Teil ermordet wurde. Dieses Geschehen markiert den Beginn des Völkermords an den Armeniern im Schatten der Ereignisse des Ersten Weltkrieges.

Der 24. April ist der wichtigste armenische Genozidgedenktag, die Armenier bezeichnen den Völkermord auch als *Aghet* („Katastrophe“).

Zur Erinnerung an die jüngste Kontroverse:

Die Diskussion um den Armenier-Völkermord hat auch nach dem 2. Juni 2016 nicht nachgelassen. Der Deutsche Bundestag hatte an dem Tag mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen die Resolution „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“ beschlossen. Bundeskanzlerin Merkel, Vizekanzler Gabriel und Außenminister Steinmeier hatten nicht an der Debatte und Abstimmung teilgenommen.

Die Türkei hatte die geplante Bundestagsentschließung scharf kritisiert. Nach der Annahme der Resolution rief die Türkei ihren Botschafter zurück. Präsident Erdoğan drohte, die Resolution werde „ernste“ Folgen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern haben. Yildirim sprach von einer „rassistischen armenischen Lobby“, die für die Entscheidung des Bundestages verantwortlich sei.

Die türkischstämmigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die für die Resolution stimmten, sahen sich schwersten Vorwürfen ausgesetzt. Auch kam es zu Mordaufrufen gegen elf türkischstämmige Bundestagsabgeordnete und Erdoğan forderte die Untersuchung deren Blutes. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte bei der Eröffnung einer Sitzung des Plenums: „Dass ein demokratisch gewählter Staatspräsident im 21. Jahrhundert seine Kritik an demokratisch gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Zweifeln an deren türkischer Abstammung verbindet, ihr Blut als verdorben bezeichnet, hätte ich nicht für möglich gehalten. Und die Verdächtigung von Mitgliedern dieses Parlamentes als Sprachrohr von Terroristen weise ich in aller Form zurück.“

Am 2. September 2016 wurde berichtet, die Bundesregierung wolle sich von der Resolution des Bundestags distanzieren. Geplant sei eine politische Geste an die türkische Regierung, damit deutsche Abgeordnete die auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten wieder besuchen dürfen. Daraufhin betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD),

dass die Resolution keine rechtliche Wirkung habe. Er sagte: „Der deutsche Bundestag hat natürlich jedes Recht und die Freiheit, sich zu politischen Fragen zu äußern. Der Bundestag sagt aber auch selbst, dass nicht jeder Resolution eine rechtliche Bindewirkung zugrunde liegt.“ Aus Opposition und Union rief der berichtete Plan Kritik bzw. Widerstand hervor. Zur Stellungnahme der Bundesregierung sagte der Sprecher der türkischen Botschaft in Berlin, Refik Soğukoğlu: „Wir sehen das generell eher positiv.“ Man schätze vor allem die Aussage Regierungssprechers Seibert, „dass den Gerichten die Entscheidung obliegt, was Völkermord ist – und nicht dem Parlament.“

25 Jahre Eine-Welt-Forums Münster

Samstag, 22. April 2017 (Tagesveranstaltung)

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Die GfbV-Münster zählt zum Kreis der Gründer des Eine-Welt-Forums Münster und ist ununterbrochen Mitglied in diesem auch von der Stadt offiziell anerkannten Münsteraner Netzwerk für Entwicklungszusammenarbeit.

Afrika Festival - Afrikanischer Markt

Samstag und Sonntag, 10. - 11. Juni 2017

unterschiedliche Veranstaltungsorte

16 Jahre Afrika Festival Münster - veranstaltet von der Afrika Kooperative Münster e.V. Der traditionelle afrikanische Markt im Rathausinnenhof hat für jeden etwas zu bieten: afrikanisches Kunsthandwerk, farbenfrohe Stoffe, exotische Speisen, mitreißende Live-Musik, Kinderprogramm und viele Infostände.

Weitere Informationen: afrika-kooperative.blogspot.de

Interkulturelles Fest

Samstag, 30. September 2017

Innenstadt, vor dem Stadthaus 1, Rathausinnenhof

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen lädt der Integrationsrat der Stadt Münster zum traditionellen "Interkulturellen Fest". Bis in den Abend hinein gibt es die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, kulinarische Köstlichkeiten zu probieren und internationales Flair zu genießen.

Die GfbV wird sich wieder am Fest und den Wochen mit Informationsangeboten zu Menschenrechtsverletzungen beteiligen.

Weitere Informationen: <http://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/startseite.html>

Tag des offenen Denkmals

Sonntag, 10. September 2017

Verschiedene Veranstaltungsorte

Ein Denkmal besichtigen, das sonst nur von außen anzusehen ist. Mit Menschen reden, die darin leben und Details aus seiner Geschichte kennen. Von Fachleuten erfahren, wo die Tücken und Herausforderung bei der Restaurierung lagen. – Das erlebt man in Münster nur am Tag des offenen Denkmals. Jedes Jahr am zweiten Sonntag im

September öffnen historische Bauten und Stätten, die sonst nicht oder nur teilweise zugänglich sind, ihre Türen und laden zu Streifzügen in die Vergangenheit ein.

Weitere Informationen: www.muenster.de

In Überlegung: Tagung zu Train-Denkmal, der Aufarbeitung des Völkermord an Herero und Nama (1904 ff) und der deutsch-namibischen Gespräche

Samstag, 9. September 2017

In Fortsetzung früherer thematischer GfbV-Aktivitäten zum Thema Train-Denkmal und Völkermord an den Herero und Nama wird eine kleine Tagung mit Kooperationspartnern aus der Friedensarbeit vorgeschlagen. Am Vortag des Tags des offenen Denkmals 2016 wurde bereits eine entsprechende Tagung mit Beteiligung von Bundes- und Lokalpolitikern durchgeführt.

Wer an dem Projekt mitarbeiten möchte, möge sich bitte bei mir melden, Tel. 0251/ 2390606 (mit AB)

Internationale Weltfriedenstreffen

mit führenden Repräsentanten von Kirchen und Religionen

Sonntag bis Dienstag, 10. - 12. September 2017

Großveranstaltung in Münster und Osnabrück

Veranstalter: Gemeinschaft Sant'Egidio mit Kooperationspartnern

GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 3. - 5. November 2017

Göttingen

Internationaler Tag der Menschenrechte

Sonntag, 10. Dezember 2017

Eine GfbV-Mahnaktion zu einem aktuellen Anlass wird voraussichtlich bereits am Samstag, den 9.12., ganztägig auf dem Prinzipalmarkt durchgeführt.

2. Berichte, Presseerklärungen und Hinweise

Tag der Menschenrechte

Am Tag der Menschenrechte am Samstag (10.Dez.) erinnerte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den ganzen Tag vor dem Rathaus am Prinzipalmarkt an Kriegssituationen und Menschenrechtsverletzungen, an die Eingeschlossenen im syrischen Aleppo, die Lage im Jemen und in der Ostukraine. Scharf kritisierte die Menschenrechtsorganisation die Kooperation mit Verfolgerstaaten im Rahmen vorgegeblicher Fluchtursachenbekämpfung. Die Flüchtlingskrise werde von Despoten, wie dem Sudan, instrumentalisiert, um an internationale Gelder zu gelangen, kritisierte Dr. Kajo Schukalla. Menschenrechtsaktivistin Ulrike Kuhlmann freute sich über positive Reaktionen vieler Mahnwachenbesucher, auch wenn viele sichtlich erschöpfter Weihnachtseinkäufer auf das Stichwort Menschenrechte mit einem „Brauche ich nicht“ oder „Kenne ich alles schon“ reagierten. Diese Erfahrungen

waren auch Brigitte Thomas und Klaus Bösing vom Vorstand des Eine-Welt-Forums Münster vertraut, die die GfbV bei der langen Mahnwache unterstützten.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker informierte: Verfolgung und Flucht haben das Jahr 2016 wie kein anderes in diesem Jahrhundert bestimmt. Doch die Antworten der Politik bleiben enttäuschend. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben ungeahndet, wenn der Verfolgerstaat nur einflussreich genug ist oder die Europäische Union politisch unter Druck setzen kann. Die Bundesregierung kündigt vollmundig an, Fluchtursachen zu bekämpfen. Doch statt sich massiv für Menschenrechte und ein Ende der Bürgerkriege einzusetzen, kooperiert sie mit Verfolgerstaaten wie dem Sudan, um Flüchtlingen den Weg nach Europa zu versperren. Für Afrikas Diktatoren scheint sich die Zusammenarbeit mit Europa in der Flüchtlingskrise immer mehr zu lohnen. War die Flüchtlingsproblematik anfangs für den Sudan nur ein willkommener Türöffner, um nach Jahren der diplomatischen Isolation aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wieder international an diplomatischer Anerkennung zu gewinnen, so wird sie nun auch ein einträgliches Geschäft. Für den so genannten Khartum-Prozess, der die Zusammenarbeit mit den Ländern Ostafrikas in der Flüchtlingskrise gestaltet, werden immer höhere Summen zugesagt. Der Sudan ist im Jahr 2016 von einem Transit- zu einem Herkunftsland von Flüchtlingen geworden. Im Sudan zwingen anhaltende Kriegssituationen, die Vertreibungspolitik in Darfur, Repression, Menschenrechtsverletzungen und Verarmung der Bevölkerung immer mehr Menschen zur Flucht. Bislang sieht die EU den Sudan vor allem als Durchgangsland für Flüchtlinge aus Eritrea an. Damit sie nicht weiter nach Europa ziehen, finanziert die EU dort aufwändige Projekte und wirbt so gleichzeitig um die Gunst und Unterstützung des sudanesischen Regimes. Die Menschenrechtler erinnerten auch an bewaffnete Konflikte in der arabischen Welt und in Afrika mit Übergriffen auf Zivilisten, vor allem Flüchtlinge, bei denen auch Waffen aus Deutschland eingesetzt werden.





Christen im Nahen Osten zu Weihnachten nicht vergessen

Leserbrief zu Weihnachten (Politikteil)

Besonders zu Weihnachten werden wir an die Geschichte von Bethlehem vor gut 2000 Jahren erinnert. Wir sollten auch auf die heutige Situation der Christen im Nahen Osten, der „Wiege des Christentums“, schauen. Krieg, Terror, religiöser Fanatismus haben das Leben unzähliger Menschen im Nahen Osten zerstört. Besonders Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten sind betroffen.

Im Irak wurde die große Mehrheit der Christen innerhalb der vergangenen drei Jahrzehnte vertrieben oder musste fliehen. Von ehemals 1,5 Millionen blieben höchstens noch 300.000. In Zentralsyrien bedroht der so genannte „Islamische Staat“ wieder viele Ortschaften mit christlicher Bevölkerung - wie Qaryatain oder Maalula. Auch die nur noch wenigen Christen in der Türkei gerieten durch den Kurdenkonflikt und die Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdogan erneut in Bedrängnis. In Palästina ist die Zahl der Christen infolge Auswanderungsdrucks weiter zurückgegangen. Im gesamten Nahen Osten waren um 1900 noch 20 Prozent der Gesamtbevölkerung christlich. Heute liegt der Anteil unter 3 Prozent. Der Völkermord an den Armeniern war der erste große Einschnitt, eine Tatsache, die die Türkei beharrlich leugnet. Wer dies offen sagt, hat in der Türkei mit staatlicher Verfolgung zu rechnen. Erinnert sei auch an zwei aktuelle exemplarische Einzelschicksale: Im April 2013 wurden Mor Gregorius Yoanna Ibrahim und Boulos Yazigi, die geistlichen Würdenträger der syrisch-orthodoxen und der griechisch-orthodoxen Kirche von Aleppo, verschleppt und sind seitdem ohne Lebenszeichen verschwunden. Diese Bischöfe haben immer wieder zu Versöhnung, Vergebung und zum Dialog aufgerufen, wir dürfen weder sie noch ihr Anliegen vergessen. Ohne staatlich garantierte und gesellschaftlich unterstützte Glaubens- und Religionsfreiheit werden Christen und andere religiöse Minderheiten, wie die grausam verfolgten Yeziden oder die Mandäer, nicht überleben können. In diesen Tagen fürchten die Kopten im benachbarten Ägypten während der Weihnachts- und Neujahrstage neue Terroranschläge. Ägyptens Christen sind wieder zur Zielscheibe des Terrors islamistischer Extremisten geworden.

An diese verfolgten und bedrängten Menschen sollten wir nicht nur zu Weihnachten denken, aber dann besonders. Sonst wäre die weihnachtliche Friedensbotschaft nur zum Kommerzspektakel verkommen und wertlos geworden.

Dr. Kajo Schukalla, Gesellschaft für bedrohte Völker, Münster

Darfur: Kein Frieden, keine Versöhnung in Sicht

Darfur-Hilfe tagte in Münster

Die Darfur-Hilfe e.V. traf sich zur Mitgliederversammlung in Münster. Der bundesweit aktive Verein, der in Münster seinen Sitz hat, wählte auch einen neuen Vorstand. Gegründet wurde die als gemeinnützig anerkannte humanitäre Organisation mit Unterstützung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) Anfang 2004 in Münster. Am Anfang des Engagements standen der Zorn der Menschenrechtler in Münster über Menschenrechtsverbrechen und der Wunsch bei Studierenden aus dem Westsudan, ihren Landsleuten in der Katastrophe zu helfen. Kurz zuvor hatte der Darfur-Krieg begonnen, der dann vom Regime des Sudan zu Völkermord und Massenvertreibung gesteigert wurde.

Da eine freie Arbeit im Sudan nicht möglich war und noch immer nicht ist und die Vereinsmittel sehr beschränkt, so beschreiben es die Gründer Adam Ibrahim Eltom und Kajo Schukalla, konzentrierte sich der Verein auf Flüchtlingslager in der Grenzstadt Tiné im Tschad. Weil die UNO aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Kriegsgebiet dort nur eingeschränkt arbeiten durfte, begann man in Zusammenarbeit mit geflüchteten Lehrern den Aufbau einer Schulinfrastruktur mit provisorischen Schulklassen unter Schattendächern und in Mattenzelten. 2008 konnte eine feste weiterführende Schule errichtet und später ausgebaut werden. Durch Bildungsangebote wird so Kindern und Jugendlichen eine Alternative zum Leben als Kindersoldaten geboten, schließlich sollen Mädchen und Jungen für die Zeit nach dem Krieg vorbereitet werden. Doch noch stehen die Zeichen in der Region nicht auf Frieden. Eine erneute Eskalation in Darfur hat seit März erneut weit über 150.000 Menschen vertrieben. Sudanesisch Milizen terrorisieren weiter die Zivilbevölkerung. Der Konflikt dauert inzwischen 13 Jahre, mindestens 1,7 Millionen Darfuris leben in Lagern, Frieden und eine politische Lösung sind noch immer nicht in Sicht. Und so macht der deutsch-sudanesisch zusammengesetzte Verein weiter, trotz vieler praktischer Probleme, von der schwierigen Telefonverbindung bis zur Projektfinanzierung. Die Mitgliederversammlung wählte auch turnusmäßig einen neuen Vorstand. Im Amt bestätigt wurden Adam Ibrahim Eltom (Bern) als Vorsitzender, Dr. Kajo Schukalla (Münster) als stellvertretender Vorsitzender und Doris Heineck (Marburg) als Schatzmeisterin. Zu Beisitzern wurden neu gewählt Alfred Buss (Rahden), Medina Khusikhanov (Münster), Fadul Andusa (Frankfurt/M.). Kassenprüferin ist Ulrike Kuhlmann (Münster).





Schulprojekte der Darfur-Hilfe in Tiné, Tschad



Der neue Vorstand der Darfur-Hilfe e.V.: Fadul Andusa, Doris Heineck, Medina Khusikhanov, Dr. Kajo Schukalla, Adam Ibrahim Eltom (v.l.n.r)

Initiative Freundeskreis Münster - Monastir sucht Interessierte

Monastir ist vielen Münsteranern vor allem als attraktives Reiseziel an der tunesischen Küste bekannt, weniger als Partnerstadt Münsters. Dabei sind beide Kommunen bereits seit 1969 partnerschaftlich verbunden. Für Münster ist dies bis heute die einzige offizielle Partnerschaft im globalen Süden geblieben. Trotz einiger Delegationsreisen und Projekte scheint die Partnerschaft mit Monastir noch wenig in den Zivilgesellschaften beider Städte verwurzelt zu sein. Dies möchte die Initiative

Freundeskreis Monastir ändern helfen und bittet Interessierte um Rückmeldung. Geplant ist ein Freundschaftsverein Münster-Monastir, der sich um Kontakte zu Bürgergruppen und Organisationen in Monastir bemühen und so die Städtepartnerschaft mit weiterem Leben füllen möchte.

Während der „Jasmin-Revolution“ in Tunesien 2010/11, mit der auch der „Arabische Frühling“ begann, waren nahezu alle städtischen Beziehungen auf Sparflamme. In jüngster Zeit wurden Kontakte mit Monastir im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster stark belebt. Die Initiatoren des Freundeskreises in Münster wünschen sich besonders auch Kontakte zu Engagierten in den Bereichen Schulkultur, Kunst, Theater, Musik, Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit wie auch zu Tunesiern in Münster. Kontakt: Dr. Kajo Schukalla, Tel. 0251/ 2390606 (AB), E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Ausgewählte aktuelle GfbV-Pressemitteilungen

Indonesien: Streit um Blasphemie eskaliert Katholische Studenten zeigen Islamistenführer wegen Gotteslästerung an *GfbV-Pressemitteilung vom 4.1.2017*

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat vor einer Zunahme der religiösen Spannungen in Indonesien gewarnt, nachdem katholische Studenten einen einflussreichen Islamistenführer wegen Gotteslästerung anzeigten. „Dem bevölkerungsreichsten muslimischen Staat der Erde drohen unruhige Zeiten, da der Streit um Blasphemie immer größere Kreise zieht. Für die Toleranz zwischen den Religionsgemeinschaften bedeuten diese immer schärferen Auseinandersetzungen um Glaubensfragen nichts Gutes“, erklärte der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. So kündigten die Islamisten gestern im Gegenzug bereits an, mit Verleumdungsklagen gegen die katholischen Studenten vorzugehen, die den Vorwurf der Gotteslästerung erhoben.

Der Verein der Katholischen Studenten Indonesiens (PMKRI) und das Studentische Friedens-Institut hatten am 28. Dezember 2016 wegen Gotteslästerung Anzeige erstattet gegen Rizieq Shibab, den Gründer der Islamischen Verteidigungsfront (FPI). Heikel ist dies vor allem, weil Rizieq der bedeutendste islamistische Agitator Indonesiens ist und seit November 2016 hunderttausende Demonstranten mobilisierte, um den christlichen Gouverneur Jakartas Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok, in einem Blasphemie-Verfahren anklagen zu lassen. Sowohl Ahok als auch Rizieq drohen im Falle einer Verurteilung bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Rizieq wird beschuldigt, in einem über soziale Medien am Weihnachtstag 2016 verbreiteten 22 Sekunden langen Video in einer Ansprache die Frage gestellt zu haben: „Wenn Jesus der Sohn Gottes ist, wer war dann die Hebamme?“ Die katholischen Studenten fühlten sich dadurch in ihrem Glauben verletzt und warfen dem Islamistenführer vor, religiöse Intoleranz zu schüren.

Die Christen können mit breiter juristischer Unterstützung von Rechtsanwälten rechnen, sollte offiziell ein Ermittlungsverfahren gegen Rizieq eingeleitet werden. Ein Team von 149 Rechtsanwälten erklärte sich bereit, den Vorstoß der Studenten zu unterstützen. Zurzeit prüft noch die Polizei, ob offiziell ein Ermittlungsverfahren gegen Rizieq eröffnet wird. Die Anzeige gegen den Islamistenführer könnte auch Folgen für den Blasphemie-Prozess gegen Ahok haben. Sollte ein Verfahren gegen Rizieq eingeleitet werden, dann würde in dem Ahok-Prozess einer der Hauptankläger zum Angeklagten. „Zu einer Beruhigung der

hitzigen Debatte um Blasphemie und die Instrumentalisierung von Glaubensfragen im Machtkampf zwischen Reformern und der alten Elite Indonesiens wird dies allerdings nicht beitragen“, sagte Delius.

Burma/Myanmar: Immer mehr Flüchtlinge

Aung San Suu Kyi muss mehr für Frieden in Nationalitäten-Gebieten tun

GfbV-Pressemitteilung vom 2.1.2017

Aufgrund der eskalierenden Übergriffe von Burmas Militär sind seit Oktober 2016 fast 50.000 Rohingya in das Nachbarland Bangladesch geflohen.

Enttäuscht von der bisherigen Nationalitäten-Politik der demokratisch gewählten Regierung Burmas (Myanmars) unter Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi fordert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für das Jahr 2017 mehr Friedens-Initiativen für die Nationalitäten-Gebiete in dem südostasiatischen Land. „Mit nur symbolischen Aktionen wie der Panglong-Konferenz der Nationalitäten schafft man keinen Frieden“, kritisierte der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius am Montag in Göttingen.

„Solange das Misstrauen zwischen den nicht-burmesischen Nationalitäten sowie der Regierung und Armee weiter zunimmt, ist ein dauerhafter Frieden in weiter Ferne.“

„Wir sind sehr besorgt, dass so viele Menschen die Flucht ergreifen mussten, weil die Zahl der bewaffneten Konflikte so hoch ist“, sagte Delius. Seit Machtantritt der neuen Regierung Ende März 2016 gab es jeden Monat neue militärische Auseinandersetzungen in den Nationalitäten-Regionen. So wurden am 26. Dezember 2016 im Shan-Staat drei Dorfbewohner getötet, als sich nahe der Siedlung Naung Maung die Armee und die Freiheitsbewegung Ta'ang National Liberation Army (TNLA) Gefechte lieferten.

Nach Angaben der Vereinten Nationen leben zurzeit 218.000 Angehörige ethnischer Minderheiten in den Bundesstaaten Rakhine, Shan und Kachin in Lagern als Binnenflüchtlinge. Aufgrund der eskalierenden Übergriffe von Burmas Militär sind seit Oktober 2016 fast 50.000 Rohingya in das Nachbarland Bangladesch geflohen.

Bei ihrem Regierungsantritt hatte Aung San Suu Kyi versprochen, Frieden und Versöhnung in den Nationalitäten-Regionen oberste Priorität zu geben. „Wir vermissen in ihrer Politik seither jedoch entsprechendes Engagement. Statt Vertrauen zu schaffen, kommt es zu immer neuen blutigen Konflikten“, sagte Delius. „Offensichtlich hat die Regierung nur wenig Einfluss auf die Armee, die ihre Politik militärischer Offensiven, schwerer Menschenrechtsverletzungen und der militärischen Zerschlagung von Widerstandsgruppen wie seit Jahrzehnten unter der Militärjunta fortsetzt.“

Unter den Kachin, Shan und Karen wächst nach GfbV-Angaben die Unzufriedenheit über die Politik der neuen Regierung. Deshalb haben sich im Herbst 2016 die TNLA, die Arakan Army (AA) und die Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) zu der „Northern Alliance-Burma“ zusammengeschlossen. Das war ein schwerer Rückschlag für Burmas Regierung. „Doch statt nach den Gründen für das Scheitern ihrer Friedenspolitik zu suchen, setzt sie auf Ausgrenzung und lässt die „Northern Alliance“ als terroristische Gruppe brandmarken“, kritisierte Delius.

Äthiopien: Oppositionspolitiker muss länger in Untersuchungshaft bleiben

Kaum Hoffnung auf Ende von Willkür und Verfolgung in Äthiopien

GfbV-Pressemitteilung vom 30.12.2016

Als einer der letzten noch in Freiheit lebenden Politiker der Oromo-Partei „Oromo Federalist Congress (OFC)“ war Merera Gudina bei seiner Rückkehr aus Deutschland am 30. November 2016 festgenommen worden. Dadurch soll erneut eine kritische Stimme der

verfolgten Oromo-Bevölkerungsgruppe in einem unfairen Gerichtsverfahren mundtot gemacht werden. Foto: Screenshot von einem Interview mit Merera Gudina von SBSAmharic via YouTube

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) sieht kaum Hoffnung auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Äthiopien im Jahr 2017. „Das jüngste Vorgehen gegen den seit einem Monat inhaftierten führenden Oromo-Oppositionspolitiker Merera Gudina macht deutlich, dass die äthiopische Staatsführung daran festhält, kritische Stimmen mundtot zu machen anstatt mit ihnen den Dialog und eine politische Lösung der Probleme zu suchen“, sagte der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius am Freitag in Göttingen. Nachdrücklich forderte die Menschenrechtsorganisation die Freilassung von Merera Gudina. Als einer der letzten noch in Freiheit lebenden Politiker der Oromo-Partei „Oromo Federalist Congress (OFC)“ war er bei seiner Rückkehr aus Deutschland am 30. November 2016 festgenommen worden. Er hatte zuvor an einem Hearing im Europaparlament teilgenommen.

Ein Bundesgericht in der Hauptstadt Addis Abeba hat die Untersuchungshaft für den Oppositionspolitiker am Donnerstag nach einer Anhörung des Beschuldigten unter Ausschluss der Öffentlichkeit um 28 Tage verlängert. „Offenbar konnten die Ermittlungsbehörden noch nicht genug belastendes Material gegen ihn zusammentragen“, sagte Delius. Merera Gudina ist als OFC-Vorsitzender hoch angesehen. Ihm wird vorgeworfen, bei dem Hearing im Europaparlament am 9. November 2016 den Chef der oppositionellen „Ginbot 7-Bewegung“, Berhanu Nega, getroffen zu haben. Ginbot 7 wird von Äthiopiens Behörden als angeblich „terroristisch“ eingestuft. Da in Äthiopien Ausnahmezustand herrscht, sind solche Kontakte unter Strafe gestellt.

„Mit Merera Gudina soll erneut eine kritische Stimme der verfolgten Oromo-Bevölkerungsgruppe in einem unfairen Gerichtsverfahren mundtot gemacht werden“, kritisierte Delius. Schon bei der Anhörung am Donnerstag waren weder ausländische Diplomaten als Beobachter noch Familienangehörige zugelassen. „Es ist scheinheilig und absurd, wenn Äthiopiens Behörden behaupten, dieser Schlag gegen die Zivilgesellschaft richte sich nicht gegen Gudinas Gespräche mit Europaparlamentariern, sondern man wolle nur Verletzungen der Regeln des Ausnahmezustands ahnden.“

„Trotz der Ernennung von Negeri Lencho Bultum als erstem Oromo zum Informationsminister im November 2016, hält Äthiopiens Staatsführung leider an ihrer Politik der Menschenrechtsverletzungen gegenüber Oromo fest und redet die Lage in der Provinz Oromia schön“, erklärte Delius.

China: 500 Nonnen und Mönche in Tibet aus Larung Gar ausgewiesen Zerstörung des tibetischen Lehrinstituts hält an

GfbV-Pressemitteilung vom 28.12.2016

Die Zerstörung Larung Gars ist der folgenreichste Einschnitt in die Religionsfreiheit der Tibeterinnen und Tibeter seit in den 90er Jahren mit der Gleichschaltung und massiven Kontrolle der buddhistischen Klöster sowie mit der Umerziehung der Nonnen und Mönche begonnen wurde.

Chinas Behörden haben Weihnachten erneut 500 Nonnen und Mönche dauerhaft aus dem Kloster und buddhistischen Lehrinstitut Larung Gar in Tibet ausgewiesen, berichtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Damit erhöht sich die Zahl der seit August 2016 aus Larung Gar ausgewiesenen buddhistischen Nonnen und Mönche auf 5.100. „Chinas Religionsbehörden können Über-Planerfüllung nach Peking melden“, sagte der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. „Neun Monate vor Ablauf der offiziell gesetzten Frist, innerhalb der die Zahl der Bewohner Larung Gars halbiert werden sollte, haben sie ihr Ziel bereits erreicht. Das ist ein trauriger Rekord bei Zwangsmaßnahmen

gegen freie Glaubensausübung. Die Zerstörung Larung Gars ist der folgenreichste Einschnitt in die Religionsfreiheit der Tibeterinnen und Tibeter seit in den 90er Jahren mit der Gleichschaltung und massiven Kontrolle der buddhistischen Klöster sowie mit der Umerziehung der Nonnen und Mönche begonnen wurde.“

Bis September 2017 sollte die Zahl der Bewohner des 1980 gegründeten Lehrinstituts Larung Gar von rund 10.000 dauerhaft auf 5.000 Personen reduziert werden. Die am 24. Dezember 2016 ausgewiesenen Nonnen und Mönche stammen überwiegend aus der Tibetischen Autonomen Präfektur Golog in der Provinz Qinghai. Sie wurden mit Bussen und Militär-Lastwagen zu einem provisorischen Auffanglager gebracht. Zeitgleich wurden ihre rund 400 Häuser in Larung Gar mit Bulldozern zerstört.

„Die chinesischen Behörden haben niemals ernsthaft versucht, gemeinsam mit den Betreibern von Larung Gar eine Lösung für die zeitweilige Überfüllung des Lehrinstituts zu finden“, berichtete Delius. „Wenn die Religionsfreiheit geachtet würde, dann wäre es den in Larung Gar neu ankommenden Nonnen und Mönchen erlaubt worden, Häuser auch außerhalb des offiziell mehrmals reduzierten Siedlungsgebietes zu errichten.“ Doch die chinesische Regierung will um jeden Preis den Einfluss des Dalai Lama und des tibetischen Buddhismus verringern. So wurden nun auch strenge Auflagen erlassen, um den Zuzug von Tibeterinnen und Tibetern nach Larung Gar zu regeln. Jeder Mönch und jede Nonne muss zukünftig eine politische Aufnahmeprüfung absolvieren und beim für seine Repression in Tibet gefürchteten offiziellen „United Front Work Department“ einen Antrag auf Übersiedlung nach Larung Gar stellen.

*Die Zerstörung
Larung Gars ist der
folgenreichste
Einschnitt in die
Religionsfreiheit der
Tibeterinnen und
Tibeter seit in den
90er Jahren mit der
Gleichschaltung und
massiven Kontrolle
der buddhistischen
Klöster sowie mit der
Umerziehung der
Nonnen und Mönche
begonnen wurde.
Foto: antialiasing via
iStock*



Neue Ausgaben von Bedrohte Völker – Pogrom:

Nr. 296 Flüchtlinge und Migranten in Deutschland: Wollt ihr unsere Geschichten hören?

Ausgabe 05/2016

Seiten 108

Einzelpreis 4.60 Euro

Hunderttausende Flüchtlinge sind vor einem Jahr zu uns gekommen. Dieses Ereignis hat auch unsere Arbeit verändert: Wir betreuen seitdem mehr Einzelfälle und versuchen mehr denn je, drohende Abschiebungen zu verhindern. Uns als Menschenrechtsorganisation liegt es am Herzen, geflüchteten Menschen, die uns um Hilfe bitten, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, mit denen sie in einem für sie fremden Land zu kämpfen haben. Doch auch viele andere deutsche Organisationen und Initiativen setzen sich für Flüchtlinge ein. Sie geben ihnen eine Stimme – und das oft auf ganz kreative Weise. Mit den Hunderttausenden Flüchtlingen verstärkten sich jedoch auch die Ängste in der deutschen Bevölkerung. Sie gipfeln leider auch zunehmend in fremdenfeindlichen Übergriffen. Allen Unkenrufen zum Trotz ist Deutschland seit mehr als 70 Jahren ein Einwanderungsland. Türkische, italienische oder griechische Gastarbeiter, vietnamesische Bootsflüchtlinge, russlanddeutsche Aussiedler und Spätaussiedler leben heute in der Mitte unserer Gesellschaft. Und auch die „neuen“ Flüchtlinge werden in naher oder ferner Zukunft Teil unserer Gesellschaft sein – wenn wir aufeinander zugehen!



Nr. 297 Brennpunkte weltweit: Im Schatten großer Kriege Flüchtlinge und Migranten in Deutschland: Wollt ihr unsere Geschichten hören?

Ausgabe 06/2016

Seiten 92

Einzelpreis 4.60 Euro

Die Ausgabe enthält u.a. Berichte über Aleppo, den ignorierten Stellvertreterkrieg im Jemen, über Tschetschenien und Kadyrows „langen Arm“ auch ins Ausland und die Bedrohung von Exil-Tschetschenen, den Friedensvertrag in Kolumbien, die Lage der Christen in China, Anti-Sklaverei-Aktivitäten in Mauretanien, die dramatische Entwicklung in Oromia/ Äthiopien, die jüngsten Entwicklungen in Burma und mehrere Beiträge zu indigenen Völkern, wie den Protesten der First Nations gegen die so genannte Dakota Access Pipeline (DAP) in Standing Rock/ North Dakota.

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>

Für Frieden und Versöhnung: Minderheiten schützen!

(aus einem Kurzurückblick zum Jahr 2016 aus dem GfbV-Bundesbüro in Göttingen)

2016 erreichten uns dringende und Herz zerreißen Hilferufe. Angehörige von Minderheiten wurden gefoltert, ihre Dörfer bombardiert und zerstört, ihre Väter oder Brüder willkürlich in Haft genommen. Viele mussten unter schrecklichen Umständen fliehen. Als Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) sind wir mit diesen Menschen oft ganz eng verbunden. Wir versuchen unser Möglichstes, um zu helfen.

Diese Hilfe kann ganz unterschiedlich aussehen: Wir stärken die Minderheiten in den Staaten, in denen sie bedrängt werden. Wir dokumentieren die Verbrechen und klagen schonungslos öffentlich an. Wir verhandeln mit Politikern und überzeugen die Medien, auch über Themen jenseits des allgemeinen Interesses zu berichten. Wir leisten langfristige Aufbauarbeit, etwa indem wir Delegationen von Minderheiten einladen, ihnen hier Kontakte und Wissen vermitteln, damit sie für eine schwierige Zukunft besser gewappnet sind.

Hochachtung vor all denjenigen, die sich aus dem Kreis der verfolgten Minderheiten trotz aller Gefahren für Menschenrechte einsetzen, kennzeichnet unsere Zusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Botschaft ausstrahlt und dass trotz des Unfriedens um uns herum Menschen in vielen Orten Schutz, Sicherheit und Frieden finden.

Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für unterdrückte Minderheiten und gegen Verfolgung und Vertreibung ein. So dokumentierten wir 2016 die Verletzung der Religionsfreiheit der Tibeter, als Chinas Behörden mit der Zerstörung des Klosters und buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar begannen und ermöglichten einem tibetischen Mönch, in Genf über seine Verfolgung zu berichten. Seit Monaten prangern wir die Zusammenarbeit der EU mit dem Sudan an und erinnern immer wieder durch Gespräche an die schweren Menschenrechtsverletzungen in Darfur und den Nuba-Bergen.

Zehntausende Lehrer, Journalisten und Politiker wurden 2016 durch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan entlassen, festgenommen oder inhaftiert. Wir haben Politiker in dringenden Schreiben darum gebeten, sich für die Freilassung des inhaftierten

Vorsitzenden der prokurdischen Oppositionspartei HDP, Selahattin Demirtas, und seiner Parteikollegen einzusetzen. Immer wieder kritisierten wir auch in Pressemitteilungen, öffentlichen Vorträgen, auf Demonstrationen und in Gesprächen mit Politikern die gefährliche Rolle der Türkei im Syrienkonflikt.

2016 ist die Gewalt in Äthiopien und die Unterdrückung der Oromo weiter eskaliert. Wir informierten die Medien oft als erste über diese Verbrechen, nannten die wahren Opferzahlen, während die Behörden versuchten zu verharmlosen.

Anlässlich der Urteilsverkündung gegen den bosnischen Serbenführer Radovan Karadžić im März 2016 in Den Haag organisierten wir für Frauen und Mütter von Srebrenica eine Mahnwache vor dem internationalen Kriegsverbrechertribunal, um an die Verbrechen während des Völkermordes vor 21 Jahren zu erinnern.

Nach der Annexion der Krim und durch den Krieg prorussischer Separatisten im Osten der Ukraine haben vor allem die muslimischen Krimtataren große Sorgen. Um Strategien zum Schutz der Minderheiten zu entwickeln, veranstalteten wir in Zusammenarbeit mit russischen und ukrainischen Menschenrechtlern Workshops.

Auch 2016 haben wir uns wieder unermüdlich für Flüchtlinge eingesetzt: Wir haben ein Ohr, trösten vielfach, übersetzen, stellen Anwälten Hintergrundinformationen zur Verfügung, arbeiten eng mit anderen Flüchtlingsunterstützern zusammen und schreiben Stellungnahmen für Gerichte.

Während der Staatsbesuche von Königin Elisabeth II und dem Premier Australiens Malcolm Turnbull in Berlin brachten wir mit Mahnwachen das Streben der Aboriginal Australians nach politischer Selbstbestimmung und einem Staatsvertrag mit der australischen Regierung unübersehbar zum Ausdruck.

<https://www.gfbv.de/de/informieren/das-war-unser-2016/>

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

3. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla
Markweg 38, 48147 Münster,
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),
E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorenght. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

